

Ausschuss bemängelt fehlende Protokolle

Bönningstedter Politiker mahnen Niederschriften der Sitzungen an

shz.de

von **shz.de**

10. März 2018, 16:00 Uhr

Jede Ausschusssitzung in den Gemeinden wird von Mitarbeitern der jeweiligen Verwaltung begleitet. Sie sind dafür zuständig, die Niederschrift über die Sitzung zu erstellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies ist in der Gemeinde Bönningstedt jedoch seit den Novembersitzungen bis heute nicht mehr erfolgt. Von der Quickborner Verwaltung werden seitdem keine Niederschriften mehr veröffentlicht.

Besonders Anja Ebens (Bündnis 90/ Die Grünen) ärgerte sich während der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und Umweltschutz über diesen Zustand. „Das gleiche Problem hatten wir schon im letzten Jahr“, merkte sie an. Die Stadt degradiere mit diesem Verhalten die Arbeit der Bönningstedter Politiker. „Unsere Ausschüsse sind so nur Plauderstunden gewesen. Die Beschlüsse, die wir getroffen haben, wurden nicht umgesetzt, und eine Beschlusskontrolle haben wir auch schon seit Monaten nicht mehr“, zählte Ebens auf.

Das Verhalten der Verwaltung sei respektlos dem Ehrenamt gegenüber. Auch die anderen Bönningstedter Politiker sahen ihre Arbeit gestört. „Ich gebe Ihnen da vollkommen recht. Die Sache ist in höchstem Maß unbefriedigend. Teilweise sind wir so nicht arbeitsfähig“, bestätigte Ausschussvorsitzender Björn Kass (CDU). Er sei mehrmals im Quickborner Rathaus gewesen und habe mit Bürgermeister Thomas Köppl (CDU) gesprochen. „Ich komme da aber nicht weiter“.

„Wir bezahlen die Quickborner Verwaltung für eine Dienstleistung, die sie nicht erbringt. Sie verstoßen damit gegen unseren Vertrag, den wir geschlossen haben“, beschwerte sich Resy de Ruijscher (Bündnis 90/ Die Grünen). Dem stimmte auch Rolf Lammert (CDU) zu. Es sei ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung. „Es wundert mich, dass wir in der Sache nicht

bestimmter bei der Verwaltung auftreten. So können wir es nicht weiter handhaben“, betonte er.

Laut de Ruijsscher müsse die Gemeinde überlegen, wie sie nun damit umgehe. „Entweder setzen wir uns an einen Tisch und überlegen uns eine Lösung oder wir kürzen die Umlage“, schlug sie vor.

Christian Ringle (Bündnis 90 /Die Grünen) sprach noch ein weiteres Problem mit der Verwaltung an: „Einladungen kommen grundsätzlich auf den letzten Drücker. Wir haben vor einiger Zeit beschlossen, dass B-Pläne auf der Tagesordnung mit Straßennamen vermerkt werden, um für mehr Transparenz zu sorgen. Das ist wieder nicht erfolgt“, zählte er auf. Des Weiteren kämen Beschlussvorlagen teilweise so spät bei den Gemeindepolitikern an, dass nicht mehr genügend Zeit zur Bearbeitung sei.

Bürgermeister Peter Liske (BWG) versuchte, zwischen den verärgerten Politikern und der Verwaltung zu vermitteln: „Es gibt einen guten Grund für das Ganze. Jedoch darf ich diesen nicht öffentlich mitteilen“, erläuterte er. Die regelmäßigen Qualitätsgespräche mit der Stadt Quickborn seien ein guter Anlass, um die Situation anzusprechen und eine Lösung zu finden.

Das sieht auch Michael Görres von der Verwaltungsgemeinschaft so. „Die Situation ist unbefriedigend für beide Seiten“, sagte er im Gespräch mit unserer Zeitung. Er verstehe den Unmut der ehrenamtlichen Politiker, könne jedoch an der derzeitigen Personalsituation nicht sofort etwas ändern.

„Wir haben inzwischen eine Stelle ausgeschrieben, die in genau diesem Bereich die Mannschaft verstärken und unterstützen soll“, teilte Görres mit. Dies bringe zwar keine sofortige Verbesserung mit sich, aber Engpässe sollen so in der Zukunft vermieden werden.